



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 18. Ratssitzung vom 5. Oktober 2022

744. 2022/50

**Postulat von Pärparim Avdili (FDP), Hans Dellenbach (FDP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 09.02.2022:**

**Einsparung der entstehenden Mehrkosten als Folge der zweiten Etappe der Sparbeitragserhöhung an die Pensionskasse**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

*Hans Dellenbach (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4980/2022): Bei der Weisung GR Nr. 2021/454, die wir im März 2022 im Rat verabschiedeten, ging es um die zweite Etappe der Erhöhung der Pensionskassenbeiträge an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Zürich. Die erste Etappe wurde bereits im Jahr 2019 gutgeheissen. Der Grund für den Ausbau der zweiten Säule waren die gesunkenen Renditeerwartungen – Stichwort Niedrigzinsumfeld – während sich gleichzeitig die Lebenserwartung in der Schweiz und entsprechend auch in der Stadt erhöhte. Die Weisung versprach uns, dass sie sogenannten «leistungsneutral» sei. Es ging also nicht um einen Ausbau der Pensionskassenleistungen, aber auch nicht um einen Abbau. Es ging um eine Kompensation, damit Menschen, die in Rente gehen, die gleiche Leistung wie vorher erhalten. Obschon es eine leistungsneutrale Weisung war, kostete sie viel Geld und stellt für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schlussendlich eine Verbesserung der Situation im Vergleich zu vorher dar. Die zusätzlichen Kosten wurden zu 60 Prozent von der Stadt als Arbeitgeberin und zu 40 Prozent von den Arbeitnehmern finanziert. Die FDP hiess die Weisung damals etwas zähneknirschend gut. Wir waren grundsätzlich mit den Argumenten einverstanden, auf der anderen Seite ging es um einen grossen Betrag – um 19 Millionen Franken. In unseren Augen sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Zürich bereits heute gutgestellt, vor allem im Vergleich zu KMU in der Privatwirtschaft. Mit der Fringe-Benefits-Weisung, die wir bald in der Kommission beraten, ist bereits der nächste Ausbau in der Pipeline. Ausserdem ist es nicht fair, wenn die Weisung zwar leistungsneutral, nicht aber kostenneutral für die Steuerzahler der Stadt ist. In den Augen der FDP braucht es eine Verschlankung der Personal- und Verwaltungsstruktur, damit wir auch in Zukunft ein attraktiver Arbeitgeber sein können. Man kann den Staatshaushalt nicht immer nur ausbauen, sondern muss auch regelmässig nach Möglichkeiten suchen, wie man Kosten sparen und den Prozess verschlanken kann. Die 19 Millionen Franken klingen im ersten Moment nach viel Geld. Wenn man die Zahl aber ins Verhältnis zu den totalen Personalkosten der Stadt Zürich im Jahr 2022 setzt, machen sie nur 0,6 Prozent aus. Das ist eine relativ tiefe Marge, die bei einer kontinuierlichen Überprüfung der Aufgaben eigentlich ständig irgendwo eingespart werden könnte. Das ist die Aufgabe jedes Unternehmers und hier des Stadtrats. Wir sehen deshalb nicht ein, weshalb der Stadtrat das Postulat nicht freudig entgegennimmt.*



Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** *Selbstverständlich ist das permanente Optimieren, das Suchen von Kostenvorteilen und das Vereinfachen von Prozessen eine Daueraufgabe des Stadtrats. Beim Globalbudget zeigt sich, wie es dem Steueramt gelingt, die durch die steigende Anzahl Steuerpflichtiger ständig grösser werdende Anzahl von Steuereinstellungen sowie die komplexer werdenden Gewinnsteuergeschäfte mit einem gleichbleibenden Personalbestand zu managen und die Betriebskosten absolut zu senken. Mindestens für diese Dienstabteilung brachten wir den Tatbeweis, dass wir es ernst meinen. In der Antwort auf das Postulat zur Reorganisation zeigten wir weitere Beispiele, wie man Dinge effizienter umsetzen kann. Als das Finanzdepartement die Beiträge für die Entwicklungshilfe massiv erhöhte, wurden nicht einfach Stellen geschaffen, sondern man arbeitete mit dem Präsidialdepartement zusammen. Das Finanzdepartement übertrug auch die Stiftungsaufsicht an den Kanton. Der wissenschaftliche Dienst wurde zusammengelegt, im Spitalbereich werden Effizienzgewinne gesucht, gleich wie durch die Zusammenlegung von Alters- und Pflegezentren. Es gibt zahlreiche Bereiche, die die Bemühungen zeigen. Letztes Jahr hatten wir 80 Millionen Franken nicht ausgeschöpfte Personalmittel. Man kann nicht behaupten, dass der Stadtrat oder die zuständigen Dienstchefinnen und Dienstchefs das Geld beliebig ausgeben. Legt ein Postulat einen Dauerauftrag im Geschäftsbericht fest, bleibt dieser eine Ewigkeit bestehen. Das möchte ich nicht. Das Finanzdepartement machte bei der vorvorletzten Umwandlungssatzanpassung – als es der Stadt gar nicht gut ging – trotz Klagen der Personalverbände einen Leistungsabbau und senkte die Kosten reell und dauerhaft mit der Prämiensatzanpassung von 62,38 auf 60,4 Prozent. In der jetzigen Lage ist es nicht adäquat, diese Vorlage als Sparvorlage zu verknüpfen. Das Personal hat ausserdem weitere Ausbauvorstellungen und es handelt sich bereits um einen Kompromiss, damit es nicht eine nie zur Zufriedenheit der Postulanten erfüllte Aufgabe im Geschäftsbericht wird. Selbstverständlich handelt es sich beim Einsparen von Mehrkosten um eine Daueraufgabe, die wir auch wahrnehmen.*

Weitere Wortmeldung:

**Patrik Maillard (AL):** *Gefühlt alle paar Wochen sprechen wir über ein Postulat, das Mehrleistungen der Stadt, die die Postulanten für sinnvoll erachten, an anderen Orten kompensieren soll. Die Mehrausgaben sollen an einem anderen Ort eingespart werden, wie zum Beispiel mit dem heutigen Antrag von Susanne Brunner (SVP) zu einem Postulat von Patrick Brunner (FDP) betreffend das «incluso-LERNstudio\*». Da hiess es, dass die FDP intelligent sparen möchte. Das stellen wir zumindest hier in Abrede. Es handelt sich einmal mehr um ein Postulat aus der Ecke der Wirtschaftsliberalen, die die Stadt Zürich trotz wachsender Bevölkerung und gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Herausforderungen zu einem Personalstopp bewegen und die Mehrausgaben bei den Personalkosten einsparen möchten. So heisst es im Postulatstext: «Durch Verzicht auf Stellenbesetzungen bei Fluktuationen». Kündigt eine Person oder wird sie pensioniert, ersetzt man die Person nicht mehr. Dieses Vorgehen ist aus der Privatwirtschaft bekannt, um die Anzahl der Kündigungen bei Massenentlassungen zu reduzieren. Gefordert wird in Wahrheit ein Stellenabbau. Es wird einmal mehr suggeriert, dass in der Stadt ineffizient gearbeitet würde und die 19 Millionen Franken locker durch Personalabbau eingespart*



3 / 3

*werden könnten und Private den ganzen Verwaltungsapparat viel schlanker und effizienter bewirtschaften würden. Die 60 Milliarden Franken Starthilfe an die UBS während der Finanzkrise sind aber nicht vergessen. Ich bin mir sicher, dass die gleiche FDP, die weniger Staat und mehr Wirtschaftsfreiheit fordert, nach Staatshilfe schreien wird, wenn die Crédit Suisse aus der momentanen Schieflage nicht mehr herauskommt. Wenn die geforderten 0,6 Prozent Einsparung vom gesamten Personalaufwand linear auf alle Bereiche der Stadt umgesetzt würden, müssten bei der Polizei knapp 13 Stellen gestrichen werden – respektive Stellen bei Fluktuation nicht mehr besetzt werden. Würden wir auf die geplanten Stellenerhöhung bei der Stadtpolizei verzichten, würden wir ein Vielfaches einsparen. Würde das Ihrer Forderung entsprechen, wären wir uns sogar einig.*

Das Postulat wird mit 42 gegen 68 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat